

Samuel Mäurer

# Zufriedenheit mit der deutschen Wirtschaftspolitik in Krisenzeiten – Evidenz der Energiekrise

Die Energie-Krise hat einen disruptiven Schock in der deutschen Wirtschaft ausgelöst. Die damaligen Entwicklungen beeinflussen die Erwartungen deutscher Unternehmen bis heute. Um die Konsequenzen abzufedern hatte die deutsche Bundesregierung eine Steuersenkung auf Gas und Strom eingeführt. Befragungsdaten aus dem German Business Panel zeigen, dass das Instrument der Steuersenkung einen Einfluss auf die wirtschaftspolitische Zufriedenheit von Unternehmen hatte. Die realen Auswirkungen zwischen energieintensiven und nicht energieintensiven Unternehmen stehen im Fokus. Die Ergebnisse zeigen, dass fiskalpolitische Maßnahmen eine Wirkung in Krisenzeiten zeigen können.

Der starke Anstieg der Inflation ab 2021 wurde in erster Linie durch die eskalierenden Energiepreise verursacht. Nach dem Beginn des Krieges in der Ukraine kam es zu einem schweren Schock für Unternehmen und Haushalte, wodurch auch die Geschäftserwartungen der Unternehmen erheblich zurückgingen. Dies weckte Besorgnis über einen kalten Winter und die Folgen der steigenden Energiekosten für die Unternehmen. Als Reaktion darauf beschloss die deutsche Regierung, eine Steuersenkung für Gas und Strom einzuführen. Damit sollten die Auswirkungen der steigenden Energiekosten für Haushalte und Unternehmen abgefedert werden.

Das Ökonomenpanel des ifo-Instituts und der FAZ hatte bereits zu Beginn der Amtszeit der Ampelregierung eine kritische Einschätzung ihrer Wirtschaftspolitik ergeben. Damals glaubten nur 26 % der deutschen Ökonomen, dass die Ampelkoalition die wirtschaftspolitischen Herausforderungen der kommenden Legislaturperiode meistern würde (Ökonomenpanel, 2021). Dagegen fiel die Bewertung der Ökonomen im Jahr 2023 noch kritischer aus. Nur 15 % der Wirtschaftsprofessoren bewerteten die Wirtschaftspolitik der Ampelkoalition als „sehr gut“ oder „gut“ (Ökonomenpanel, 2023). Begründet wurde die positive Einschätzung damit, dass die Regierung wichtige, bisher vernachlässigte Reformen angepackt und die richtigen Prioritäten gesetzt habe. Außerdem verwiesen sie auf die schwierigen Rahmenbedingungen, mit denen

die Bundesregierung konfrontiert war. Angesichts dieser Einschätzungen von Ökonomen stellt sich die Frage, wie die Unternehmen die Wirtschaftspolitik unter der Ampelregierung wahrnehmen. Da diese unmittelbar von den Auswirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen betroffen sind, liefert das German Business Panel (GBP) aufschlussreiche Antworten.

Das GBP ist ein langfristiges Befragungspanel zur systematischen Erhebung von Erwartungen, Einschätzungen und Meinungen von in Deutschland aktiven Unternehmen (Bischof et al., 2025). Diese werden zu verschiedenen Themengebieten befragt. Die wirtschaftspolitische Zufriedenheit bezeichnet die subjektive Bewertung wirtschaftspolitischer Maßnahmen durch Unternehmen. Die Variable wirtschaftspolitische Zufriedenheit ist fester Bestandteil des Fragebogenkatalogs in der wiederkehrenden halbjährigen Unternehmensbefragung im Rahmen des GBP. Sie unterscheidet sich von konjunkturellen Erwartungsindikatoren wie dem vom ifo-Institut erhobenen Geschäftsklimaindex, da sie nicht primär die aktuelle Geschäftslage oder zukünftige Geschäftserwartungen misst, sondern die Einschätzung zu wirtschaftspolischem staatlichem Handeln.

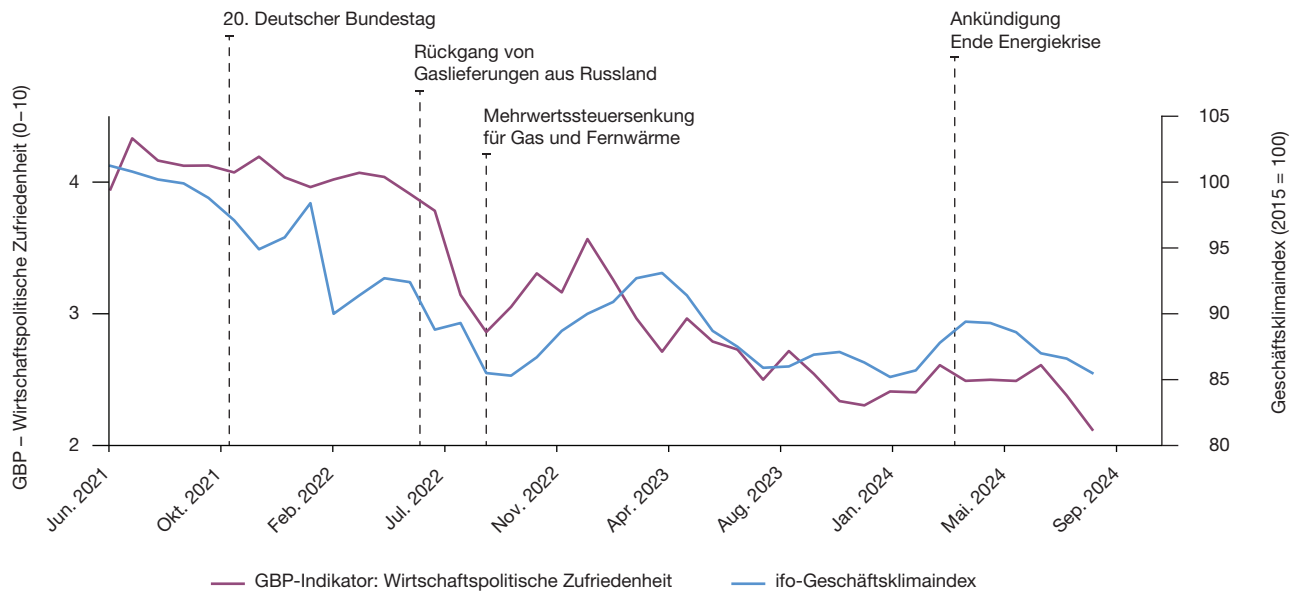
Eine Analyse der Frage „Wie zufrieden sind Sie mit der Wirtschaftspolitik in Deutschland?“ zeigt einen negativen Trend im Zeitverlauf (Abbildung 1). Insbesondere die

© Der/die Autor:in 2026. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht ([creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de)).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

**Samuel Mäurer** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am German Business Panel der Universität Mannheim.

Abbildung 1  
**Wie zufrieden sind Sie mit der Wirtschaftspolitik in Deutschland?**



Quelle: eigene Darstellung basierend auf German Business Panel: Wellen 3 bis 9 und ifo-Geschäftsklimaindex: monatliche Daten von Juni 2021 bis September 2024.

zunehmende Unzufriedenheit seit der konstituierenden Sitzung des 20. Bundestages, der Rückgang im August und September 2022 sowie der anschließende Anstieg Ende 2022 sind auffallend. Im Februar 2023 verschlechterte sich die Zufriedenheit kontinuierlich und zeigte Anfang 2024 einen leichten Anstieg. Ein Blick auf den Geschäftsklimaindex des ifo-Instituts zeigt einen ähnlich negativen Trend seit der konstituierenden Sitzung des 20. Deutschen Bundestages. Doch was sind die Gründe für diesen sehr starken Negativtrend?

Die Rolle der Wirtschaftspolitik bei der Erzielung von Wachstum und Zufriedenheit ist mit der Literatur zur politischen Ökonomie verknüpft, in der es zwei verschiedene Ansichten über staatliche Aktivitäten gibt. Die neoklassische Sichtweise, bei der die Rolle des Staates in der Überwindung von Marktversagen besteht, und die Public-Choice-Sichtweise, bei der privater Nutzen sozialem Nutzen gegenübergestellt wird. Dieser Beitrag trägt zur Diskussion über Steuersenkungen und endogenes Wachstum bei, indem er den Zusammenhang zwischen Unternehmenszufriedenheit und staatlicher Intervention empirisch untersucht. Die Studie von Gechert und Heimberger (2022) liefert einen Hinweis darauf, wie die Literatur zu Unternehmenssteuern und Wachstum eine Verzerrung der Ergebnisse in Richtung einer Steigerung des Wirtschaftswachstums durch Unternehmenssteuersenkun-

gen aufweist. Weiterhin untersuchen Romer (2004, 2010) sowie Ramey und Zubairy (2018) die Effekte von fiskalen Schocks auf makroökonomische Größen. So zeigen Sie auf, dass in den USA eine exogene Steuererhöhung um 1 % des BIP das reale BIP um fast 3 % senkt. Oder, dass es keine Hinweise auf große fiskalpolitische Multiplikatoren gibt, wenn die US-amerikanische Wirtschaft eine Konjunkturschwäche aufweist. Obwohl viele Studien die Beziehung zwischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswachstum untersucht haben, gibt es nur sehr wenige Studien, die sich auf die Beziehung zwischen Wirtschaftspolitik und wirtschaftlicher Zufriedenheit konzentrieren.

### Politische Maßnahmen als Reaktion auf die Energiekrise

Um die finanziellen Auswirkungen der stark gestiegenen Energiekosten für Haushalte und Unternehmen abzufedern, hatte die Bundesregierung insgesamt drei Entlastungspakete mit einem Gesamtvolumen von rund 100 Mrd. € (Bundesregierung, 2022a) und einen Konjunkturschutzfonds von 200 Mrd. € (Bundesregierung, 2022b) aufgelegt. Gemäß der Gas-, Wärme- und Strompreisbremse wurden 80 % des Verbrauchs in Bezug auf den Arbeitspreis gedeckelt. Diese Deckelung wirkte sich nur auf die Verbraucherpreise aus, wenn die regionalen Energiepreise für Gas, Fernwärme und Strom über dieser Obergrenze la-

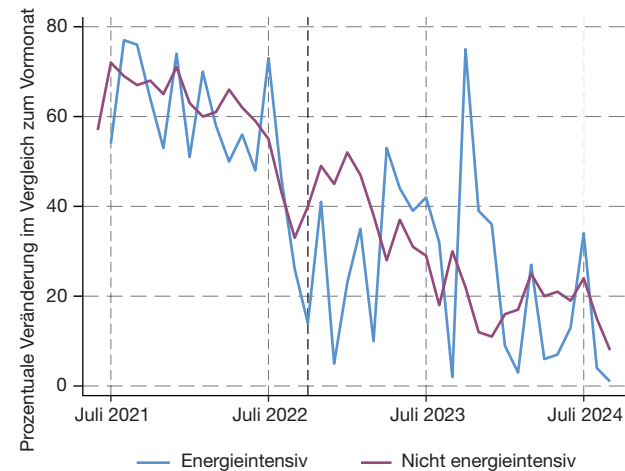
gen (Bundesregierung, 2022a). Der Grundpreis war von der Preisbremse nicht betroffen und die Strompreisbremse trat im Januar 2023 in Kraft. Die Gas- und Wärmepreisbremse ist erst im März 2023 in Kraft getreten und Ende 2023 ausgelaufen. Das bedeutet, dass die preisdämpfende Wirkung für die betroffenen privaten Haushalte ab Januar 2024 nicht mehr griff. Am 1. Oktober 2022 trat das Gesetz zur vorübergehenden Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Gaslieferungen in Kraft. Die Mehrwertsteuer auf Gas, einschließlich Flüssiggas und Fernwärme wurde von 19 % auf 7 % gesenkt. Die Ermäßigung wurde auf den Zeitraum vom 1. Oktober 2022 bis zum 31. März 2024 begrenzt und die Versorgungsunternehmen wurden aufgefordert, die Steuerermäßigung entsprechend an die Verbraucher weiterzugeben (Bundesregierung, 2022a). Im ersten Teil der Analyse wird der Zusammenhang zwischen der Steuersenkung auf Gas und der Zufriedenheit der Unternehmen untersucht. Abbildung 1 fasst die Ereignisse zusammen, die während des untersuchten Zeitraums stattgefunden haben. Aufgrund des Krieges in der Ukraine sind die Energiepreise stark angestiegen, auch weil Russland seine Gaslieferungen seit dem 13. Juni 2022 deutlich reduziert hat. Der Marktpreis für Erdgas stieg von der ersten Hälfte des Jahres 2021 bis zur zweiten Hälfte des Jahres 2022 um 200 % (Destatis, 2025).

Die Ereignisse zu diesem Zeitpunkt zeigen, dass der Rückgang der Gasversorgung einen starken Einfluss auf die wirtschaftspolitische Zufriedenheit der deutschen Unternehmen und den Geschäftsklimaindex hatte. Als Reaktion darauf verabschiedete die Bundesregierung das Gesetz zur vorübergehenden Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Gaslieferungen von 19 % auf 7 % aufgrund der gestiegenen Kosten für Erdgas und Heizung. Besonders im Sommer und Herbst 2022 war die Angst vor einem kalten Winter in Deutschland sehr groß. Es stellt sich daher die Frage, wie sich die wirtschaftspolitischen Instrumente auf die Zufriedenheit der Unternehmen mit dem Anstieg der Energiepreise ausgewirkt haben. Eine Regressionsanalyse gibt Aufschluss über den Effekt der Steuersenkung.

### Effekt der Steuersenkung auf energieintensive Wirtschaftszweige – ökonometrische Analyse

Hentze (2023) hebt hervor, dass gerade energieintensive Industrien mit einem Energiekostenanteil am Bruttoproduktionswert von 2,7 % deutlich über dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes (1,7 %) liegen. Es wäre denkbar, dass energieintensive Industrien durch den Anstieg der Energiepreise stärker von den makroökonomischen Ereignissen betroffen waren. Daher ist es unerlässlich zwischen energieintensiven und nicht energieintensiven Industrien zu differenzieren. Die Analyse basiert auf einer Ereignisstudie, die die Durchsetzung der

Abbildung 2  
Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik zwischen Behandlungs- und Kontrollgruppe



1.521 energieintensive Unternehmen und 35.486 nicht energieintensive Unternehmen beinhaltet das Sample (Welle 3 bis Welle 9). Die gestrichelte vertikale Linie am 01. Oktober 2022 markiert die Einführung der Mehrwertsteuersenkung auf Gas und Fernwärme.

Quelle: eigene Darstellung basierend auf German Business Panel: Wellen 3 bis 9.

vorübergehenden Senkung der Mehrwertsteuer auf Gas als eigenständiges Ereignis behandelt. Dies ermöglicht es, alle verfügbaren Schwankungen der Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik innerhalb der Branchen im Laufe der Zeit zu nutzen. Die Schätzung basiert auf folgender Regressionsgleichung:

$$EconPolicy_{i,t} = \beta_0 + \beta_1 \cdot Energyint_i + \beta_2 \cdot Post_t + \beta_3 \cdot Energyint_i \cdot Post_t + \gamma \cdot X_{i,t} + \epsilon_{i,t} \quad (1)$$

Die zentrale Annahme des Differenz-in-Differenzen-Designs ist, dass sich die Zufriedenheit deutscher Unternehmen mit der Wirtschaftspolitik ohne die vorübergehende Mehrwertsteuersenkung für Gas für beide Gruppen ähnlich entwickelt hätte. Die abhängige Variable  $EconPolicy_{i,t}$  gibt die Zufriedenheit der Unternehmen einer bestimmten Branche  $i$  im Monat  $t$  mit der Wirtschaftspolitik der deutschen Bundesregierung an.  $Post_t$  ist gleich eins für Beobachtungen nach Oktober 2022, als die Verordnung in Kraft trat.  $Energyint_i$  gibt an, ob ein Unternehmen innerhalb einer Branche energieintensiv oder nicht energieintensiv ist. Der Vektor  $X$  umfasst die Kontrollvariablen wie die Energiepreise für Gas und Strom, die Inflationsrate und verzögerte Variablen des Bruttoinlandsproduktes. Schließlich ist  $\epsilon_{i,t}$  der Fehlerterm.

Der Vergleich zwischen energieintensiven und weniger energieintensiven Branchen (Abbildung 2) zeigt, dass die

**Tabelle 1**  
**Regressionsergebnisse der Differenzen in Differenzen-Analyse**

	(1)	(2)	(3)
Diff-in-Diff	0,770	0,716	0,619
Beobachtungen (N)	79	79	79
	(0,12)	(0,11)	(0,10)
Bestimmtheitsmaß (R <sup>2</sup> )	0,64	0,64	0,62

Mittelwerte und t-Werte werden durch lineare Regression geschätzt. Die Anzahl der Beobachtungen stellt die Anzahl der Monate dar. Das Modell in Spalte 1 entspricht dem in der Regressionsgleichung dargestellten Modell (1). Aufgrund der Endogenität der Kontrollvariable Bruttoinlandsprodukt wurden neben einem Kontrollfunktionsansatz (Hinzufügen der Residuen einer Hilfsregression als zusätzliche Kontrollvariable) verzögerte Variablen der Regression hinzugefügt, um eine simultane Rückwirkung zu vermeiden BIP(t-1). Spalte 2 stellt das Regressionsmodell mit verzögerter Variable BIP(t-2) und Spalte 3 mit BIP(t-3) als Kontrollvariablen dar. Statistische Signifikanz auf dem 1 %, 5 % und 10 % -Niveau. \*\*\* p<0,01; \*\* p<0,05; \* p<0,10.

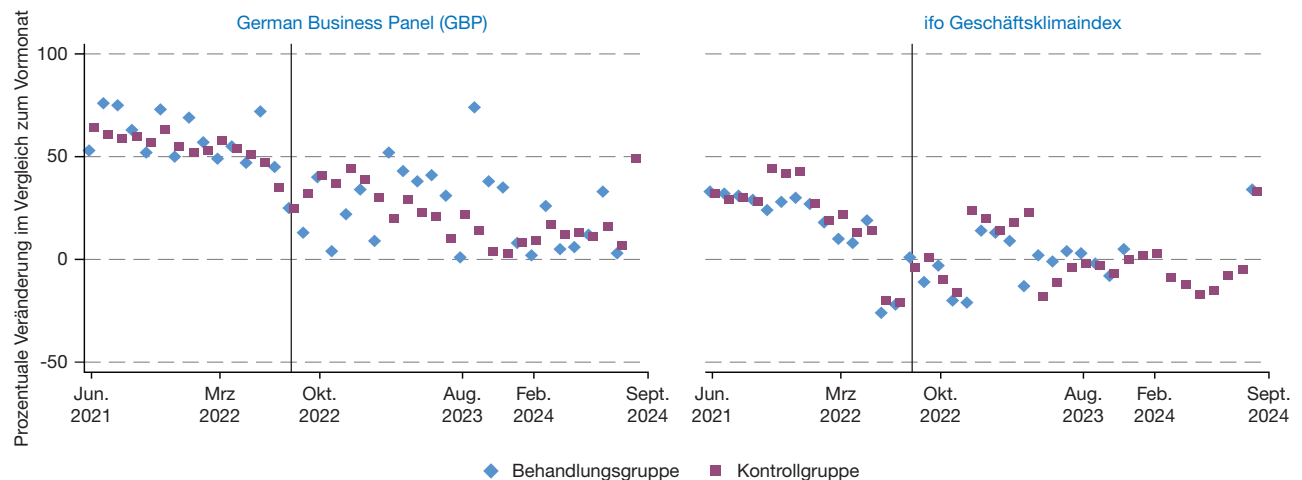
Quelle: eigene Berechnungen.

Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik vor Beginn des russisch-ukrainischen Krieges auf dem gleichen Niveau lag. Dies zeigt, dass die energieintensiven Branchen aufgrund der hohen Energiekosten stark von der Energiekrise betroffen waren und seit Kriegsbeginn einen deutlichen Rückgang der Zufriedenheit zu verzeichnen haben. Im Vergleich zu allen Branchen in Deutschland (Abbil-

dung 1) haben die Maßnahmen der Regierung kurzfristig keine ähnlichen Auswirkungen auf die nicht-energieintensiven Branchen. Tabelle 1 gibt die Regressionsergebnisse wieder; das Regressionsmodell ist mit einem Gesamt-R<sup>2</sup> von 64 % nicht signifikant.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass das Zufriedenheitsniveau der Kontroll- und der Behandlungsgruppe ähnlich war, zeigen die Ergebnisse, dass die Zufriedenheit der energieintensiven Unternehmen mit der Wirtschaftspolitik durch die Reform um 0,770 Punkte gestiegen ist. Aufgrund der Unsicherheit, die durch die Entwicklung des Krieges in der Ukraine und die entsprechenden Auswirkungen auf die Energiepreise entstanden ist, haben viele Unternehmen ihre Planung angepasst. Als Reaktion auf den Anstieg der Energiepreise haben viele Unternehmen Maßnahmen geplant, um ihre Verkaufspreise zu erhöhen und diese an ihre Kunden weiterzugeben. Insbesondere in der Zeit mit den höchsten Erdgaspreisen im August 2022 haben 62 % der Unternehmen in Deutschland geplant, ihre Verkaufspreise in den nächsten 12 Monaten zu erhöhen. Bei näherer Betrachtung der Daten zeigt sich, dass Unternehmen mit positiven Umsatz-, Investitions- und Gewinnerwartungen deutlich zufriedener sind als solche mit negativen Geschäftserwartungen. Insbesondere ab dem Zeitpunkt der Reduzierung der Gaslieferungen aus Russland nach Deutschland am 13. Juni 2022 ist die Zufriedenheit sowohl bei den Unternehmen mit positiven als auch mit negativen Geschäftserwartungen deutlich gesunken.

**Abbildung 3**  
**Unterschiede in der Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik**



Behandlungsgruppe (energieintensive Unternehmen) und Kontrollgruppe (nicht energieintensive Unternehmen).

Quelle: eigene Darstellung basierend auf German Business Panel: Wellen 3 bis 9 und ifo-Geschäftsklimaindex von Juni 2021 bis September 2024.

Tabelle 2  
Wirtschaftspolitische Zufriedenheit nach Wirtschaftszweig

	Gesamt-Sample	2021	2022	2023	2024
Forst- und Landwirtschaft	2,69	3,78	3,04	3,43	1,96
Bergbau	2,69	3,93	3,23	2,00	2,05
Verarbeitendes Gewerbe	2,92	4,06	3,39	2,56	2,81
Energieversorgung	3,41	4,21	4,08	2,78	2,20
Wasserversorgung	3,17	4,03	3,47	2,89	1,94
Baugewerbe	2,79	4,03	3,06	2,29	2,16
Handel	2,95	4,02	3,24	2,66	2,13
Verkehr und Lagerei	3,05	4,51	3,41	2,48	2,40
Gastgewerbe	3,07	4,38	3,38	2,62	2,97
Information und Kommunikation	3,65	4,43	3,87	3,50	2,37
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	2,97	3,88	3,36	2,69	2,15
Grundstücks- und Wohnungswesen	2,98	4,40	3,27	2,60	2,79
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen DI.	3,41	4,24	3,75	3,09	2,65
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen DI.	3,29	4,10	3,46	3,02	4,05
Öffentliche Verwaltung	3,87	5,29	3,48	3,56	3,44
Erziehung und Unterricht	3,77	4,17	3,96	3,62	2,68
Gesundheits- und Sozialwesen	3,25	4,12	3,55	2,94	3,12
Kunst, Unterhaltung und Erholung	3,67	4,17	3,90	3,46	2,44
Erbringung von sonstigen DI.	3,11	4,17	3,29	2,95	
Private Haushalte	3,50	2,00	3,71		
Exteriotoriale Organisationen	5,00	5,00			5,00
Energieintensiv	3,09	4,30	3,33	2,97	2,13
Nicht energieintensiv	3,90	4,13	3,62	2,78	2,46

Quelle: eigene Darstellung basierend auf German Business Panel: Wellen 3 bis 9.

Abbildung 3 zeigt die Entwicklung der Zufriedenheit zwischen energieintensiven Industrien und nicht energieintensiven Industrien im Vergleich zwischen der ifo- und GBP-Erhebung. Auch die ifo-Daten zeigen nach der Reform einen kurzfristigen Anstieg der Zufriedenheit von energieintensiven Industrien im Vergleich zur Kontrollgruppe. Weiterhin enthält Tabelle 2 Informationen zu den Unterschieden zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren. Hier wird deutlich, dass es spürbare Unterschiede gibt. So ist beispielsweise von 2021 bis 2023 die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik im Handelssektor stärker zurückgegangen als im Informations- und Kommunikationssektor.

Die Ergebnisse der Analyse zeigen, dass die wirtschaftspolitische Zufriedenheit kurzfristig (0 bis 6 Monate) nach

der Reform ansteigt (Abbildung 1). Im darauffolgenden Zeitraum entwickelt sich die Zufriedenheit wieder negativer. Dies spiegelt sehr stark auch die Energiepreisentwicklungen der damaligen Zeit wider, da die Energiepreise in ihrer Entwicklung nur gedämpft werden konnten und sich erst nach dem Ende der Energiekrise wieder normalisiert haben. Die Bundesregierung konnte mit ihrem Schutzschirm die negative Entwicklung der Zufriedenheit auffangen, aber nicht komplett umkehren. Auch für die energieintensiven Industrien zeigt sich ein erholender Effekt (Abbildung 3) der Mehrwertsteuersenkung im Vergleich zu nicht energieintensiven Industrien. Dieser Effekt bleibt robust beim Vergleich mit dem ifo-Geschäftsklimaindex und bestätigt somit, dass fiskalpolitische Maßnahmen nicht nur theoretisch ihre Daseinsberechtigung haben.

## Literatur

- Bischof, J., Doerrenberg, P., Rostam-Afschar, D., Simons, D. & Voget, J. (2025). The German Business Panel: Firm-Level Data for Accounting and Taxation Research. *European Accounting Review*, 34(4), 1499–1527.
- Bundesregierung. (2022a, 7. September). *Drittes Entlastungspaket „Deutschland steht in einer schwierigen Zeit zusammen“*.
- Bundesregierung. (2022b, 29. September). *Entlastung bei Strom- und Gaspreisen Abwehrschirm über 200 Milliarden Euro*.
- Destatis. (2025, August). *Erdgaspreise für Nicht-Haushalte: Deutschland, Halbjahre, Jahresverbrauchsklassen, Preisarten - Tabelle 61243-0014*.
- Gechert, S. & Heimberger, P. (2022). Do corporate tax cuts boost economic growth? *European Economic Review*, 147.
- Hentze, T., Kempermann, H. & Zink, B. (2023). *Fiskalischer Impact der Energieintensiven Industrien in Deutschland* (Kurzstudie für den Verband der Chemischen Industrie). IW Köln.
- Ökonomenpanel. (2021). *Der Ampel-Koalitionsvertrag im Ökonomen-Test*. ifo-Institut und FAZ.
- Ökonomenpanel. (2023). *Eine Halbzeitbilanz – So bewerten Ökonominnen und Ökonomen die Wirtschaftspolitik der Ampel-Koalition*. ifo-Institut und FAZ.
- Ramey, V. A. & Zubairy, S. (2018). Government Spending Multipliers in Good Times and in Bad: Evidence from US Historical Data. *Journal of Political Economy*, Nr. 20719, 850–901.
- Romer, C. D. (2004). A New Measure of Monetary Shocks: Derivation and Implications. *American Economic Review*, 1055–1084.
- Romer, C. D. (2010). The Macroeconomic Effects of Tax Changes: Estimates Based on a New Measure of Fiscal Shocks. *American Economic Review*, 763–801.
- Tagesspiegel. (2024, April). *80,9 Prozent offenbar erledigt: Scholz will größten Teil des Koalitionsvertrags umgesetzt haben*.
- Vehrkamp, R. & Bischoff, L. (2021). *Versprechen gehalten – Schlussbilanz zum Koalitionsvertrag der GroKo 2018-21*. Bertelsmann Stiftung.
- Vehrkamp, R. & Matthieß, T. (2025). *Erfolgreich gescheitert – Schlussbilanz zum Koalitionsvertrag der Ampel 2021-25*. Bertelsmann Stiftung.

**Title:** *Do taxes influence economic policy satisfaction in times of crisis? – Evidence from the energy crisis*

**Abstract:** *Economic policy satisfaction can be seen as a reflection of the German economy. However, it is still a underexplored topic, particularly from the perspective of firms. Economic policy satisfaction can therefore be viewed as a macroeconomic indicator that can provide insights of the economy (e.g. ifo Business Climate Index). This article uses the exogenous shock of the energy crisis to examine the effects of a tax cut on firms' satisfaction. Using monthly panel data at the industry level, it shows how satisfaction changes between energy-intensive and non-energy-intensive companies when the third relief package and government's protective shield come into effect.*